



UN-Weltklimagipfel

Deutsche Unternehmen mit geringen Erwartungen

Klimaschutz-Barometer, November 2015



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Unter dem Titel „UN-Weltklimagipfel - Deutsche Unternehmen mit geringen Erwartungen“ stellt der DIHK die Auswertung der Ergebnisse einer Online-Umfrage vor, an der sich das unternehmerische Ehrenamt der IHK-Organisation beteiligt hat.

Grundlage der Auswertung sind Antworten von 1.410 Unternehmen. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (30 Prozent), Bauwirtschaft (fünf Prozent), Handel (19 Prozent), Verkehr (fünf Prozent), Gastgewerbe (fünf Prozent), Information/Kommunikation (fünf Prozent), Finanzwirtschaft (neun Prozent) und Sonstige Dienstleistungen (22 Prozent).

In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 15 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 35 Prozent aus dem Westen, zu 15 Prozent aus dem Osten und zu 35 Prozent aus dem Süden. Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Umfrage fand vom 14. bis 21. Oktober 2015 statt.

Des Weiteren sind einschlägige Ergebnisse einer Umfrage der AHK-Mitgliedsunternehmen in die Auswertung eingeflossen. An dieser haben sich 2.022 Unternehmen aus 73 Ländern beteiligt. Die Umfrage fand vom 1. bis 30. September 2015 statt.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2015

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel

ISSN 1863-883X

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet www.dihk.de
www.facebook.com/DIHKBerlin
http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion Dr. Armin Rockholz, Dr. Sebastian Bolay, Christoph Petri, Jonas Vach, Mark Becker

Durchführung Dr. Dirk Schlotböller

Stand November 2015

UN-Weltklimagipfel - Deutsche Unternehmen mit geringen Erwartungen

Die Welt schaut auf die 21. UN-Klimakonferenz, die vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris stattfindet. Dort soll ein neues Weltklimaabkommen beschlossen werden, das 2020 in Kraft treten soll. Deutschland erhebt den Anspruch, eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einzunehmen. Um eine Minderung der nationalen CO₂-Emissionen um 40 Prozent (1990 - 2020) zu erreichen, hat die Bundesregierung ein ehrgeiziges nationales Maßnahmenpaket beschlossen. Zentrales Projekt ist die „Energiewende“, also der Ausstieg aus nuklearer und fossiler Energieerzeugung und der Wechsel zu erneuerbaren Energien. Ergänzend wurden ein Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und ein Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz beschlossen sowie die Erstellung eines Klimaschutzplans 2050 begonnen. Was tun Unternehmen für den Klimaschutz, was sind aus ihrer Sicht die größten Hindernisse und was erwarten sie vom Weltklimagipfel?

Das Wichtigste in Kürze

1. Eine bessere internationale Abstimmung der Klimaschutzmaßnahmen sehen zwei Drittel der Unternehmen als sinnvoll an. Statt auf einen nationalen Alleingang zu setzen, sollte Deutschland mindestens die anderen Mitglieder der EU für ein gemeinsames Vorgehen im Klimaschutz gewinnen. Deutschland sollte sich dabei auf seine Stärken besinnen, die Verbreitung kostengünstigster erneuerbarer Energien sowie eine stärkere regionale Vernetzung und Kooperation der Akteure.
2. In Bezug auf die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Paris sind die deutschen Unternehmen eher skeptisch. Noch am wahrscheinlichsten ist für sie, dass sich einzelne Staaten zu weitergehenden Klimaschutzbeiträgen verpflichten. Die Entwicklungs- und Schwellenländer werden dies von der finanziellen Unterstützung durch die Industrieländer abhängig machen. Die deutsche Energiewende ist nur für wenige Unternehmen eine Blaupause für den globalen Klimaschutz. Wegen der vermissten klimapolitischen Aufbruchstimmung von Paris sind auch die Erwartungen an bessere Exportchancen für Umwelttechnologien niedrig.
3. Hindernisse für energie- und klimarelevante Investitionen in anderen Regionen der Welt sind nach Einschätzung der Mitglieder der Auslandshandelskammern schwierige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, eine unzureichende Umweltschutzgesetzgebung und eine niedrige Marktakzeptanz für umweltfreundliche Produkte. In der Region Asien/Pazifik bemängeln die Unternehmen besonders die fehlenden Umweltschutzstandards. In der Region Afrika, Nah- und Mittelost fehlen den AHK-Mitgliedsunternehmen vor allem die finanziellen Mittel für energie- und klimarelevante Investitionen.
4. Die deutschen Unternehmen engagieren sich für den Klimaschutz. Größere Unternehmen investieren vorrangig in die Steigerung der Energieeffizienz, daneben aber auch in erneuerbare Energien und in Kraft-Wärme-Kopplung. Damit werden die Energiekosten gesenkt, die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und die eigene Energieversorgung klimafreundlich ausgebaut. Weitere Investitionen fließen in die Forschung und Entwicklung klimafreundlicher Technologien sowie in eine klimafreundliche Produktion und klimafreundliche Produkte.
5. Für alle Unternehmen, auch die kleinen und mittleren, haben die Mitarbeitersensibilisierung und -qualifizierung höchste Priorität. Je stärker die Motivation der betrieblichen Mitarbeiter für den Klimaschutz unterstützt wird, desto eher werden insbesondere Energieeffizienzpotenziale erschlossen.

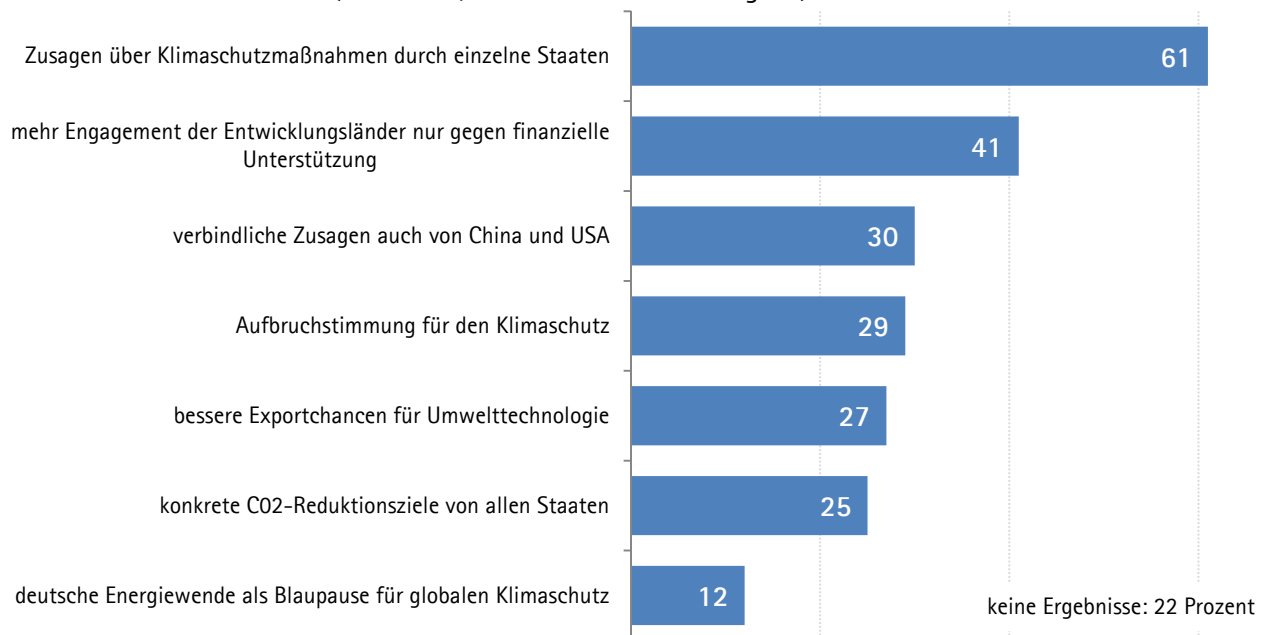
Skeptische Erwartungen an den Weltklimagipfel

Die deutschen Unternehmen haben in Bezug auf die Ergebnisse des Weltklimagipfels eher geringe Erwartungen. Nur ein Drittel rechnet mit einer klimapolitischen Aufbruchsstimmung. Immerhin gehen zwei Drittel der Unternehmen davon aus, dass einzelne Staaten verbindliche Zusagen über zusätzliche nationale Klimaschutzmaßnahmen abgeben werden. Wobei offen ist, ob diese Klimabeiträge – wie bei den vorherigen Klimaschutzkonferenzen vereinbart – so ambitioniert, transparent, überprüfbar und vergleichbar sein werden, dass das Ziel der Konferenz, die globale durchschnittliche Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten, auch tatsächlich erreicht wird.

Nur ein Viertel der Unternehmen erwartet – als Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls von 1997 – konkrete und völkerrechtlich verbindliche CO₂-Reduktionsziele von allen Staaten. Für jedes fünfte Unternehmen wird die Konferenz sogar ohne Ergebnisse enden. Verstärkt wird diese ernüchternde Einschätzung dadurch, dass nur knapp ein Drittel der Unternehmen mit verbindlichen Zusagen von China und den USA rechnet, die immerhin zusammen rund 50 Prozent der weltweiten Treibhausgase emittieren.

Die Entwicklungsländer werden – so 41 Prozent der Unternehmen – nur dann zu mehr Klimaschutzmaßnahmen bereit sein, wenn sie im Gegenzug dafür finanzielle Unterstützung erhalten. Dieser Mechanismus – finanzielle Mittel gegen Klimaschutz – ist bereits in den vergangenen Konferenzen vereinbart worden, damit sich die Entwicklungs- und Schwellenländer überhaupt zu mehr Klimaschutz verpflichten. Konkret sollen vor allem die Industrieländer ab 2020 jährlich 100 Mrd. \$ zur Verfügung stellen.

Mit welchen Ergebnissen rechnen die deutschen Unternehmen bei der UN-Klimakonferenz? (in Prozent; Mehrfachantworten möglich)



Export von Umwelttechnologien stärken

Knapp ein Viertel der Unternehmen rechnet mit besseren Exportchancen für Umwelttechnologien. Dabei wäre ein anspruchsvolles Ergebnis dieser Konferenz eine Win-Win-Situation für alle. Einerseits würden auch die Schwellen- und Entwicklungsländer mit wirksamen Maßnahmen zur Verminderung des Klimawandels beitragen. Andererseits könnten die deutschen Unternehmen ihr Know-how und ihre Technologien bereitstellen. Gleichzeitig würde in Klimaschutz dort investiert, wo die Kosten in der Regel nicht so hoch sind wie in den Industrieländern. Die wirtschaftliche Belastung für den Klimaschutz fiel also niedriger aus, der Klimaschutzeffekt wäre dafür umso größer.

Die umweltrelevanten Marktpotenziale sind groß, insbesondere in den Wachstumsmärkten in Asien und Lateinamerika.¹ Die wichtigsten Herausforderungen für Klima- und Umweltschutz sind Verbesserungen der Wasserwirtschaft (34 Prozent) und der Abfallwirtschaft (25 Prozent), sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz (jeweils 14 Prozent).

Umso wichtiger ist es, auch losgelöst von den Ergebnissen von Paris, dass die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarte Exportinitiative für Umwelttechnologien zusammen mit der Wirtschaft tatkräftig umsetzt. Als Ergebnis einer vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie (2015) sollen, zusätzlich zu den bestehenden Exportinitiativen „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“, insbesondere die Bereiche Kreislaufwirtschaft, Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung und Mobilität in das BMWi-Exportförderinstrumentarium aufgenommen werden.

Dies sollte rasch verwirklicht werden, denn die Länder mit hoher Nachfrage warten nicht auf deutsche Unternehmen. Die internationale Konkurrenz der deutschen Unternehmen ist hoch, insbesondere aus den USA, aus Japan, Frankreich und Dänemark.

Umweltrelevante Investitionshemmnisse weltweit abbauen

Die Ausgangssituation für energie- und klimarelevante Investitionen wird von den Mitgliedsunternehmen der Auslandshandelskammern (AHKs) in Asien und im Pazifikraum sowie in Afrika, Nah- und Mittelost durchweg als schwierig eingeschätzt.² Das ist keine gute Grundlage für Fortschritte im globalen Klimaschutz.

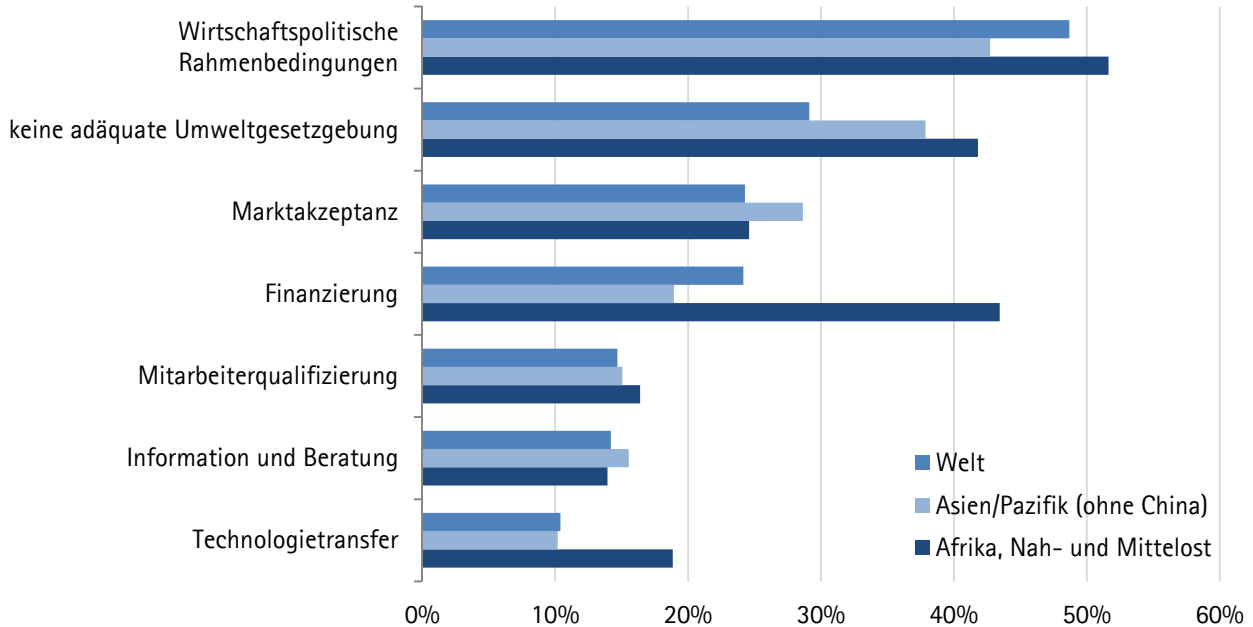
Nur wenn die allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen, d. h. wirtschaftliches Wachstum stattfindet, wird auch in den Klimaschutz investiert: Klimaschutz kostet zunächst erst einmal Geld! Insofern sind weltweit für jedes zweite Unternehmen unzureichende Rahmenbedingungen der größte Engpass für umweltrelevante Investitionen in den Klimaschutz.

Verstärkt wird dies in vielen Ländern durch eine unzureichende Umweltgesetzgebung (29 Prozent), die Investitionen verhindert. Umso wichtiger wäre es, wenn sich in Paris alle Staaten doch noch zu anspruchsvollen nationalen Maßnahmen verpflichten und umsetzen würden.

¹ Auswertung einer Umfrage zum Export von Umwelttechnologien bei den deutschen Auslandshandelskammern (AHK) außerhalb Europas in 86 Ländern vom April 2014.

² Die nachfolgenden Ausführungen in diesem Kapitel beziehen sich auf eine Teilauswertung des AHK World Business Outlook, zu dem die AHK-Mitgliedsunternehmen, d.h. die jeweils deutschen und einheimischen Unternehmen in den jeweiligen Ländern, im September 2015 befragt wurden.

Hindernisse für energie- und klimarelevante Investitionen der AHK-Mitgliedsunternehmen (in Prozent; Mehrfachantworten möglich)



Das unternehmerische Investitionsklima unterscheidet sich je nach Weltregion. In Asien/Pazifik (ohne China) ähneln die Investitionshemmnisse dem weltweiten Ergebnis, sind jedoch vor allem bei den Defiziten in der Umweltgesetzgebung (38 Prozent) und der Marktakzeptanz (29 Prozent) dringlicher.

Vor allem in der Region Afrika, Nah- und Mittelost kritisiert jedes zweite Unternehmen die unzureichenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Folglich fehlen den Unternehmen die finanziellen Mittel (43 Prozent) für energie- und klimarelevante Investitionen. Mangels anspruchsvoller Umweltstandards fehlt zudem der zwingende Grund zu Investitionen. Finanzinstrumente, wie sie in Paris auf der Tagesordnung stehen, könnten hier ihre Wirkung entfalten.

Ein Blick auf die USA: Grundsätzlich sind die amerikanischen Verbraucher aufgeschlossen gegenüber neuen und innovativen Produkten. Das zeigt sich auch im Bereich Umwelt und Energie, zum Beispiel bei smarterer Energiesteuerung im Heimbereich (Nest); auch die größte Bio-Supermarktkette der Welt kommt aus den USA (Wholefoods). Angesichts hoher Konsumbereitschaft und der Größe des Marktes ergeben sich daher gute Chancen.

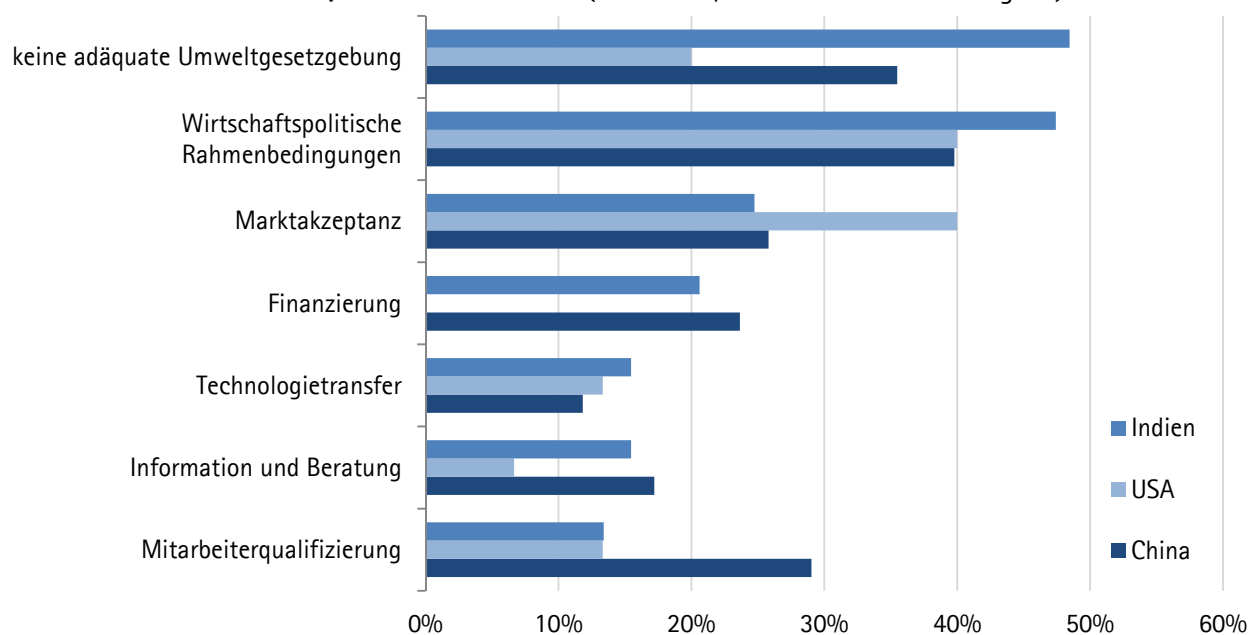
Aus Sicht der Unternehmen gibt es aber Gründe, die verhindern, dass besonders effiziente Produkte von den Konsumenten angenommen werden: Die Öl-, Gas- und Strompreise sind im internationalen Vergleich niedrig. Dies dämpft zwangsläufig die Nachfrage nach energiesparenden Produkten. Vor allem qualitativ hochwertige und damit hochpreisige Produkte aus Deutschland haben es teilweise schwerer gegenüber günstigeren heimischen und asiatischen Produkten.

Insgesamt bestehen jedoch in den USA im Bereich Umwelt, Energie und Klima durch zunehmend anspruchsvolle staatliche Regulierung ein großer Investitionsbedarf und grundsätzlich gute Marktchancen auch für deutsche Produkte. Insofern ist die Umweltschutzgesetzgebung ausreichend.

Ein Blick auf China: Dort sehen deutsche Unternehmen vor allem schwierige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen (39.8%), unzureichende Umweltgesetzgebung (35.5%) sowie fehlende Mitarbeiterqualifizierung (29%) als die größten Hindernisse für umwelt- und energierelevante Investitionen.

Hemmende wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind vor allem technische Hürden (hohe Investitionskosten und niedrige Produktivität), finanzielle Hürden (schwieriger Zugang zu externer Finanzierung und öffentlichen Subventionen für ausländische Unternehmen), institutionelle Hürden (schlechte Koordination zwischen verschiedenen chinesischen Behörden und fehlende Mechanismen zur Förderung des privaten Sektors sowie Mangel an lokaler Expertise) und politische Hürden (unklare, wenig förderliche Policies und Fehlen einer klaren nationalen Strategie und Prioritätensetzung). Außerdem beeinflusst auch der mangelhafte Schutz von geistigem Eigentum die Investitionstätigkeit von Unternehmen negativ. Vorliegendes Recht und gängige Rechtspraxis sind nicht geeignet, ausländisches Recht am geistigen Eigentum (Intellectual Property Rights) in China ausreichend zu schützen.

Hindernisse für energie- und klimarelevante Investitionen der AHK-Mitgliedsunternehmen in Indien, China und USA (in Prozent; Mehrfachantworten möglich)



In der Umweltgesetzgebung befasst sich China neben dem Environmental Protection Law in rund 30 weiteren Gesetzen mit unterschiedlichen Aspekten des Umweltschutzes. Das große Problem besteht in dem unzureichenden Vollzug der Gesetze durch die zuständigen staatlichen Organe. Zwar brauchen die Bestimmungen auf dem Papier einen Vergleich mit europäischen Regelungen häufig nicht zu scheuen, werden jedoch von den Lokalregierungen nur halbherzig oder überhaupt nicht durchgesetzt.

Bislang verschafften die weitverbreitete Nichteinhaltung der geltenden Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes und deren unzureichende Ahndung vielen Unternehmen in China teilweise deutliche Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten. Die seit Januar 2015 geltende verschärfte Fassung des Umweltschutzgesetzes verspricht Besserung. Durch deutlich strengere Sanktionen von bis zu 100.000 CNY pro Tag (ca. 15.000 EUR) und die mögliche Verord-

nung von Produktionsstopps sowie Maßnahmen zur Steigerung von Transparenz werden die Wettbewerbsbedingungen weiter angeglichen.

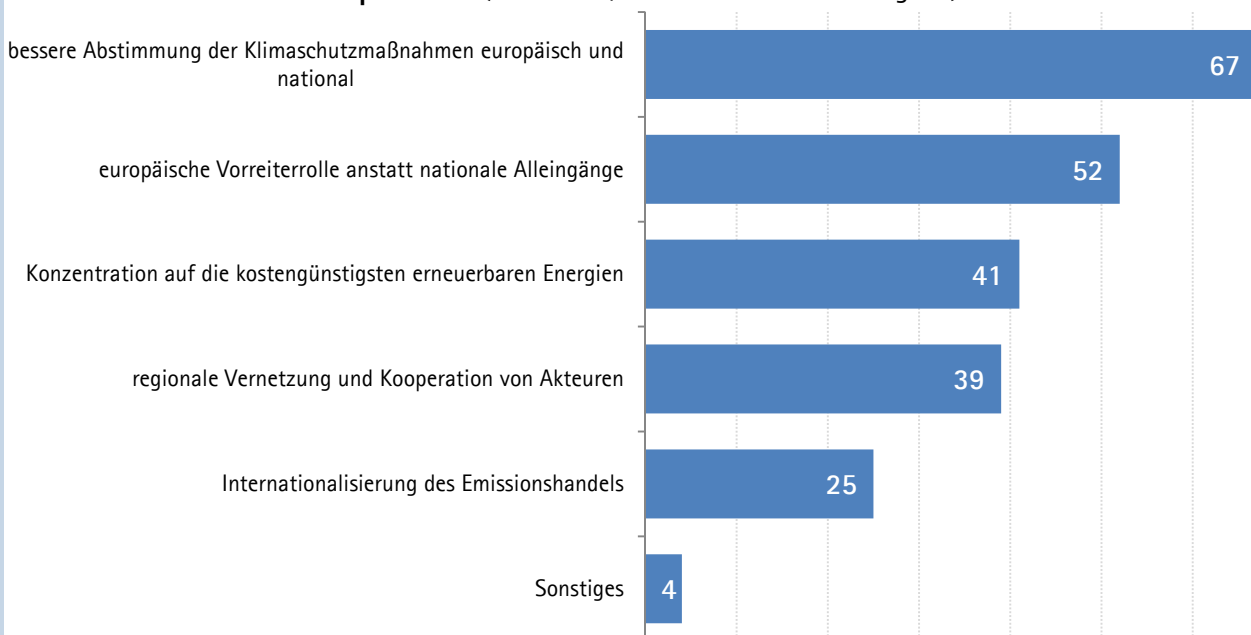
Auch in Indien gibt es Defizite bei der Umsetzung bzw. dem Vollzug der Umweltschutzgesetzgebung. Das liegt auch an den teilweise komplizierten Gesetzen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für klimaschutzrelevante Investitionen sind auch deshalb schwierig, weil in Indien noch immer zu wenig nachhaltig gedacht wird. So spielen Strom- und Energiekosten für viele Unternehmen eine untergeordnete Rolle. Energieeffizienzinvestitionen werden daher vielfach nicht getätigt. Deshalb muss für energie- und klimaschutzrelevante Investitionen noch erhebliche Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Klimaschutz europäisch und global abstimmen

Klimaschutz steht auf der politischen Prioritätenliste in Deutschland und Europa seit Jahren weit oben: Es gilt das langfristige Ziel der EU wie auch Deutschlands, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Mittelfristig - bis 2030 - sollen die europäischen Emissionen um 40 Prozent sinken. Deutschland sieht sich innerhalb der EU als Vorreiter und hat sich die Marke von minus 40 Prozent bereits für 2020 vorgenommen.

Ende 2014 hat eine Debatte darum begonnen, wie Deutschland sein im europäischen Vergleich sehr ambitioniertes Ziel erreichen kann. Für den Stromsektor wurde von Seiten der Bundesregierung eine „Klimaschutzlücke“ von 22 Mio. t CO₂ festgestellt. In Reaktion darauf hat sich die große Koalition schließlich auf ein Maßnahmenbündel aus Einrichtung einer Braunkohlereserve, Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich, in den Kommunen, in der Industrie sowie im Schienenverkehr verständigt.

Welche Maßnahmen sind aus Sicht der deutschen Unternehmen sinnvoll für eine effiziente Klimaschutzpolitik? (in Prozent; Mehrfachantworten möglich)



Mit diesen Maßnahmen hübscht Deutschland zwar seine nationale Klimabilanz auf. Doch der Effekt für den europäischen Klimaschutz liegt nahe Null, abgesehen von den gleichzeitig angestoßenen Effizienzmaßnahmen. Denn: Sowohl Braunkohlekraftwerke als auch KWK-Anlagen sind Teil des Emissionshandels, der sich auf die europäische Stromwirtschaft und weite Teile der europäischen Industrie erstreckt und insgesamt rund 50 Prozent der in Europa ausgestoßenen CO₂-Emissionen abdeckt. Als marktwirtschaftliches Instrument steuert er den CO₂-Ausstoß der emissionshandlungspflichtigen Teilnehmer über die Menge der ausgegebenen Zertifikate und sorgt dafür, dass das EU-Ziel für 2020 von minus 21 Prozent gegenüber dem Niveau von 2005 erreicht wird.

Ohne nennenswerten Effekt für den europäischen Klimaschutz sind auch alle weiteren Maßnahmen im deutschen Stromsektor wie der Ausbau erneuerbarer Energien über das EEG oder die politisch angestrebte ökologische Lenkungswirkung durch die Stromsteuer. Beide Maßnahmen führen dazu, dass in Deutschland weniger Zertifikate benötigt werden, da Strom eingespart bzw. erneuerbar erzeugt wird. Die nicht genutzten Zertifikate können dafür an anderer Stelle in Europa verwendet werden. Das Freiwerden deutscher Zertifikate hat dabei einen für die Umweltpolitik dämpfenden Effekt auf den EU-weiten Zertifikatepreis, mit der Folge, dass emissionsintensive Kraftwerke mit vergleichsweise hohen Brennstoffkosten gegenüber emissionsärmeren Kraftwerken konkurrenzfähiger sind, als sie bei einem höheren Zertifikatepreis wären. Der eigentlich von der EU gewollte Wechsel hin zu CO₂-armen Technologien wird somit vorerst aufgeschoben.

Während die nationale Klimabilanz verbessert wird, ist dem europäischen und globalen Klimaschutz mit solchen nationalen Zusatzmaßnahmen zum Emissionshandel also nicht geholfen. Durch die Vielzahl regulatorischer Eingriffe wird die Wirkung von Markt und Wettbewerb konterkariert und Klimaschutz zu teuer erkaufte. Schließlich beträgt die Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland im kommenden Jahr allein rund 23 Mrd. Euro. Die im internationalen Vergleich – insbesondere gegenüber den USA – hohen Energiepreise durch einseitige nationale Klimaschutzmaßnahmen schaden zunehmend der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Diese Pflege der nationalen Klimabilanz wird hierzulande von jedem zweiten Unternehmen kritisch gesehen. Sie fordern ein Ende nationaler Alleingänge und stattdessen eine mindestens europäisch abgestimmte Vorreiterrolle. Dementsprechend fordern zwei Drittel der Betriebe auch, dass die verschiedenen Klimaschutzmaßnahmen zwischen den Hauptstädten und Brüssel besser aufeinander abgestimmt werden. Dazu gehört zuallererst, dass die Mitgliedstaaten selbst ihr Klimaschutzinstrumentarium verschlanken und enger mit Brüssel koordinieren, um so die Belastungen für Unternehmen und Bürger zu reduzieren. Gleichzeitig sollte jedoch auch die EU ihre Klima- und Energiepolitik so gestalten, dass Zielkonflikte, wie sie derzeit vom 2020-Energie- und Klimarahmen ausgehen, nicht über 2020 hinaus fortgeführt werden. Dafür muss der europäische Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument wirken können und seine Technologieneutralität beibehalten. Anreize zum Ausbau erneuerbarer Energien und das Einsparen von Energie sollten sich, unter Berücksichtigung der jeweiligen CO₂-Vermeidungskosten, primär aus dem Emissionshandel ableiten.

Im Oktober 2014 hat sich der Europäische Rat auf die Grundzüge der künftigen EU-Klima- und Energiepolitik geeinigt: Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent gesenkt werden. Der Anteil erneuerbarer Energien am EU-Bruttoendenergieverbrauch soll im selben Zeitraum auf mindestens 27 Prozent gesteigert und der EU-Primärenergieverbrauch gemessen an Prognosen für das Jahr 2030 durch eine gesteigerte Energieeffizienz um mindestens 27 Prozent gesenkt werden.

Zwar lässt die neue Zielarchitektur eine Priorisierung des CO₂-Ziels erkennen, kritische Wechselwirkungen können trotzdem nicht ausgeschlossen werden. So stellt sich beispielsweise die Frage, ob ein pauschales EU-Ziel für die Einsparung von Energie im Stromsektor überhaupt sinnvoll ist, wenn Europa bis zum Jahr 2025 möglicherweise bereits 50 Prozent seines Stroms aus klimafreundlichen Erneuerbaren produzieren kann.

Offene Fragen ergeben sich für die Unternehmen zudem mit Blick auf die noch nicht geklärte Aufteilung der Reduktionslasten in den nicht unter den Emissionshandel fallenden Sektoren („Effort Sharing“). Auch hier gilt: Alle 28 Mitgliedstaaten müssen gleichermaßen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur CO₂-Reduktion beitragen. Anderenfalls wird die Bereitschaft für ein gemeinsames europäisches Vorgehen beim Klimaschutz an nationalen Egoismen scheitern. Mindestens genauso wichtig wird es sein, verschiedene EU-Politiken zugunsten des Klimaschutzes besser aufeinander abzustimmen. Der europäische Klimaschutz beschränkt sich derzeit hauptsächlich auf den Stromsektor und muss viel enger mit dem Verkehrs- und Wärmesektor gekoppelt werden, zumal hier noch Einsparpotenziale schlummern.

Als sinnvolle Maßnahmen für den Klimaschutz erachten jeweils rund 40 Prozent der Unternehmen die Konzentration auf die kostengünstigsten erneuerbaren Energien sowie eine stärkere regionale Vernetzung und Kooperation von Akteuren. Mit der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung, dem DIHK und 19 Verbänden zur Gründung von 500 Energieeffizienznetzwerken bis 2020 wird bereits ein Schritt in diese Richtung unternommen.³ In den Netzwerken können die Unternehmen gegenseitig voneinander lernen, welchen Maßnahmen sich in der Praxis bewährt haben, um die Energieeffizienz zu verbessern. Mit jeder Verbesserung wird gleichzeitig CO₂ eingespart und der Klimaschutz vorangebracht.

Mit der EEG-Novelle 2014 hat die Bundesregierung die Förderung stärker auf die billigsten erneuerbaren Technologien Wind an Land und Photovoltaik konzentriert. So wird Biomasse nur noch eingeschränkt gefördert. Ausnahme bleibt Offshore Wind mit hohen Vergütungssätzen. 41 Prozent der hiesigen Unternehmen unterstützen diesen Kurs. Die Forderung von 39 Prozent der Betriebe nach regionaler Vernetzung und Kooperation gilt auch für den Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien über nationale Grenzen hinweg. Diese ließe sich grenzüberschreitend wesentlich effizienter und kostengünstiger organisieren. Ausschreibungen zur Ermittlung der Förderhöhe, welche auch ausländischen Erzeugern eine Teilnahme ermöglichen, sind ein erster wichtiger Schritt hin zu einer größeren europäischen Harmonisierung auf diesem Gebiet.

Haben sich Brüssel und die Nationalstaaten erstmalig auf ein gemeinsames Vorgehen beim Klimaschutz geeinigt, muss sich Europa noch in den internationalen Kontext einfinden. Die EU kann mit einem Anteil von rund 11 Prozent an den globalen Treibhausgasemissionen das Klima nicht im Alleingang retten. Jedes vierte Unternehmen und knapp jedes dritte in der Industrie (30 Prozent) fordert deshalb eine Internationalisierung des Emissionshandels. Mittlerweile gibt es Ansätze z. B. in den USA oder in China, ebenfalls ein solches marktwirtschaftliches Instrument einzurichten. Ein international funktionierender Emissionshandel wäre nicht nur ein riesiger Schritt, um den Klimaschutz weltweit voranzutreiben. Auch der Nachteil der europäischen Wirtschaft durch die bislang einseitigen Klimaschutzmaßnahmen würde sinken. Europa sollte dies daher auf seiner Prioritätenliste weit oben platzieren. Politische Eingriffe à la Backloading oder Marktstabilitätsreserve, welche über die Herausnahme von Zertifikaten das Angebot künstlich verknappten, könnten jedoch die Akzeptanz des Emissionshandels mindern und seine Internationalisierung erschweren.

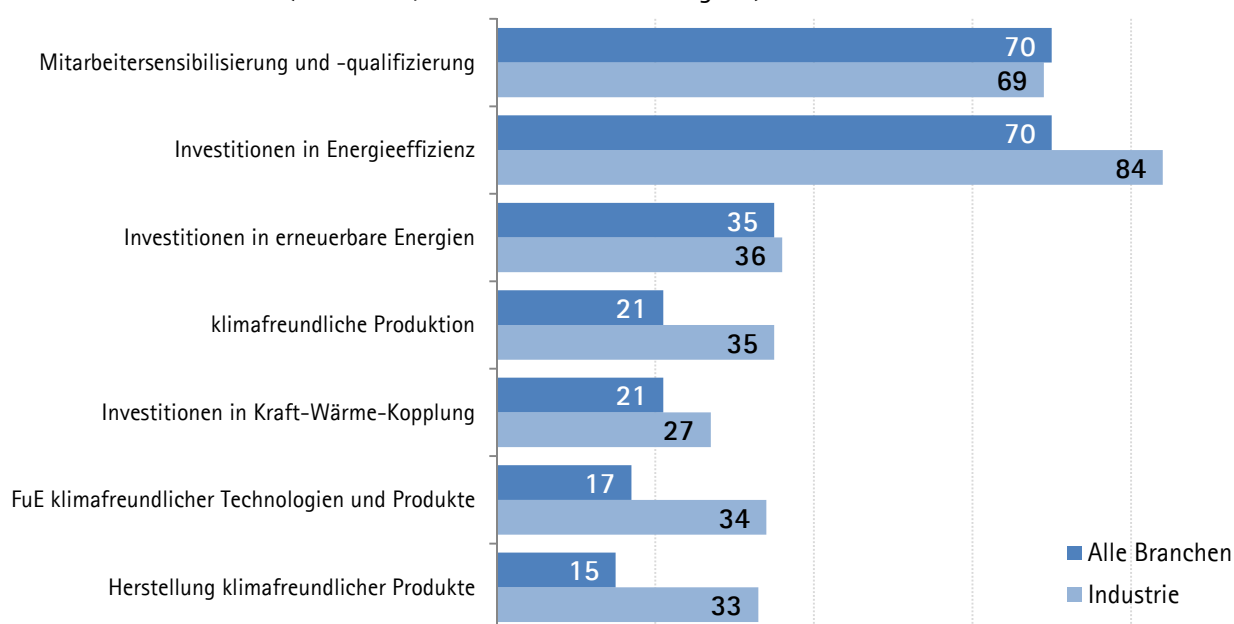
³ <http://www.effizienznetzwerke.org/>

Unternehmen kümmern sich aktiv um Klimaschutz

Die Unternehmen kümmern sich unabhängig von Regulierung selbst um den Klimaschutz und investieren insbesondere in die Mitarbeiterqualifizierung, in Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und die Eigenerzeugung von Strom.

Unterschiede gibt es im Verhalten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Vergleich zu großen Industrieunternehmen. Die KMUs setzen vorrangig auf die Förderung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiter, die sie auch vor dem Hintergrund des Facharbeitermangels halten wollen. Die großen Industrieunternehmen investieren mehr in klimafreundliche Produkte, Kraft-Wärme-Kopplung und die Forschung und Entwicklung klimafreundlicher Technologien und Produkte sowie die Herstellung klimafreundlicher Produkte.

Mit welchen Maßnahmen unterstützen die deutschen Unternehmen den Klimaschutz? (in Prozent; Mehrfachantworten möglich)



Unternehmen setzen beim Klimaschutz auf ihre Mitarbeiter

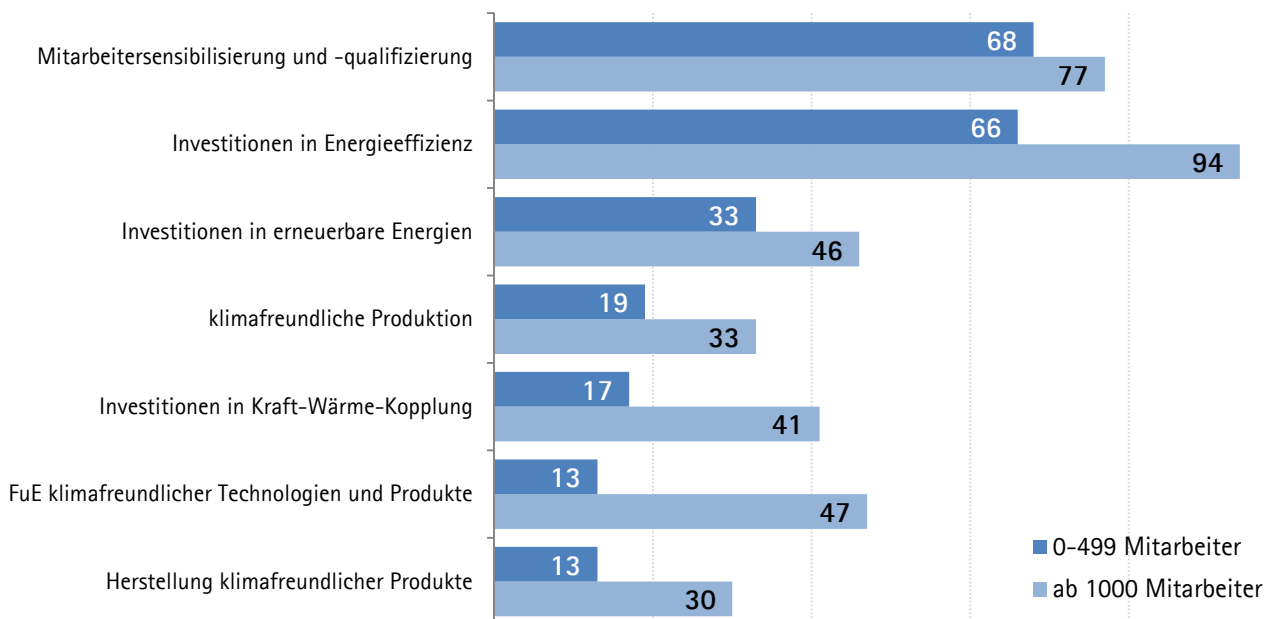
Für mehr als zwei Drittel der Unternehmen haben Maßnahmen zur Sensibilisierung bzw. Qualifizierung ihrer Mitarbeiter höchste Priorität. Je stärker die Motivation der Belegschaft für die Steigerung der Energieeffizienz und für den Klimaschutz geweckt werden kann, desto eher sind Mitarbeiter bereit, aktiv Energieeffizienzpotenziale zu erschließen und somit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Investitionen in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter in Sachen Klimaschutz rechnen sich für Unternehmen nachhaltig. So wurden mit der Qualifizierung zum Europäischen Energiemanager deutschlandweit bereits mehr als 3.300 Mitarbeiter von Unternehmen zu Energiemanagern qualifiziert. Durchschnittlich mehr als 300 t/a CO₂-Einsparungen werden dabei erzielt.

Ein Vergleich zwischen großen Unternehmen und KMUs verdeutlicht, dass für drei Viertel der kleinen und mittleren Unternehmen die wichtigste klimapolitische Maßnahme die Mitarbeitersensibilisierung und -qualifikation ist. Andererseits ist es gerade für diese Unternehmen – ohne eine organisatorische Einheit „Klimaschutz / Energieeffizienz“ – eine zusätzliche Belastung und Herausforderung, ihre Mitarbeiter zu qualifizieren. Die indirekten Kosten, die ein Unternehmen für eine nachhaltige Qualifizierung durch den zusätzlichen Zeitaufwand aufbringen muss, sind nicht zu unterschätzen. Mitarbeiter, die an einer Qualifizierung teilnehmen, fehlen dann in ihrer eigentlichen Funktion im Unternehmen. Daher sollten gerade in Hinblick auf die Belastungen für kleinere Unternehmen Anreize für eine Qualifizierung von Mitarbeitern geschaffen werden, um die durch die Qualifizierung verursachten Kosten mildern zu können.

Qualifizierungsangebote, die eine positive Auswirkung auf den Klimaschutz haben, gibt es bereits vielfältig auf dem Markt. Ein Beitrag seitens der Unternehmen, den Klimaschutzgedanken nachhaltig im Unternehmen zu verankern, ist die frühzeitige Einbindung von Auszubildenden. Im Rahmen der „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“, einer gemeinsamen Initiative der Bundesregierung, des ZDH und des DIHK, werden Auszubildende zu Energie-Scouts qualifiziert.

Mit welchen Maßnahmen unterstützen die deutschen Unternehmen den Klimaschutz? (in Prozent; Mehrfachantworten möglich)



Hohes Eigeninteresse an mehr Energieeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz wird von der Bundesregierung als wichtiges energie- und klimapolitisches Ziel verfolgt. Die Unternehmen widmen sich dieser Aufgabe schon aus eigenem betriebswirtschaftlichem Interesse. Fast drei Viertel der deutschen Unternehmen geben daher an, in Energieeffizienz zu investieren.

Die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen dient Unternehmen in erster Linie zur Reduzierung der eigenen Kosten und somit der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Und die Zahl der Unternehmen, die solche planen und umsetzen, ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Das bedeutet aber auch, je weiter Unternehmen auf diesem Weg bereits vorangekommen sind, desto schwieriger wird es, wirtschaftlich zu realisierende Potenziale zu identifizieren und zu heben.

Dies zeigt auch der Blick auf die Ergebnisse nach Unternehmensgrößen. Während fast alle größeren Unternehmen Investitionen in Energieeffizienz tätigen, liegt der Wert bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit 66 Prozent deutlich darunter. Der Grund: In KMU fehlen häufig die Strukturen, um die Transaktionskosten für die Identifizierung und Umsetzung wirtschaftlicher Effizienzmaßnahmen abzubilden.

Energieeffizienz kann und sollte daher nicht durch starre Vorgaben von Unternehmen eingefordert werden. Vielmehr sollten positive Anreize gesetzt werden, die Unternehmen zu individuellen Lösungen jenseits der „low hanging fruits“ führen. Die Grundausrichtung des „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ (NAPE) ist daher richtig und zu unterstützen.

Die Steigerung der Energieeffizienz hilft, die Energiewendeziele der Bundesregierung zu erreichen. Hierfür hat die deutsche Wirtschaft durch eigene Energieeffizienzmaßnahmen bereits erhebliche Vorleistungen erbracht. Gleichzeitig muss die Steigerung der Energieeffizienz aber in den breiteren Kontext der Energiewende gesetzt werden. Neben Effizienz erfordert der Umbau des Energiesystems eine stärkere Flexibilisierung sowohl auf der Erzeugungs- als auch auf der Nachfrageseite. Flexibilisierungs- und Effizienzmaßnahmen müssen einander daher sinnvoll ergänzen, um ein kosteneffizientes und stabiles Gesamtsystem zu ermöglichen.

Betriebliche Eigenerzeugung nicht diskriminieren

Auf dem Weg zu einer kostengünstigen und unabhängigen Energieversorgung investieren bereits ein Drittel der Betriebe konsequent in erneuerbare Energien. Stromerzeugung mittels Photovoltaik (PV) ist für viele Unternehmen aber nicht nur aus Kostengründen Standard. Vielmehr ist die PV-Anlage auf dem eigenen Dach die einzige Möglichkeit, mit deutschem Grünstrom bei den Kunden zu werben. „Hergestellt mit der Kraft der Sonne“ wird mehr und mehr zu einem Verkaufsargument. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erfreut sich als Effizienztechnologie insofern auch bei immerhin jedem fünften Unternehmen großer Beliebtheit.

Die letzte Novelle des EEG 2014 hat die Rahmenbedingungen für Klimaschutzinvestitionen in erneuerbare Energien und KWK erheblich verschlechtert. Neue Eigenerzeugungsanlagen müssen nun 40 Prozent EEG-Umlage je kWh bezahlen. Bestandsanlagen sind vorerst von der Zahlungspflicht freigestellt. Hier gibt es aber mit der EU Kommission Streit. Sie hätte gerne, dass auch Bestandsanlagen die Umlage bezahlen müssen. Eine Einigung ist für kommendes Jahr zu erwarten. Sollte eine EEG-Umlage fällig werden, sind viele Eigenerzeugungsanlagen bedroht und könnten aufgrund der dann fehlenden Wirtschaftlichkeit abgeschaltet werden bzw. es würde nicht mehr in ihre Modernisierung investiert. Dies würde auch dem Klimaschutz schaden.

Bereits die Belastung der Neuanlagen hat dazu geführt, dass viele Pläne vorerst in der Schublade verschwunden sind. Den Unternehmen sind Investitionen in den Klimaschutz erheblich erschwert worden. Der richtige Schritt wäre es, Eigenerzeugungsanlagen wieder von der EEG-Umlage freizustellen. Dies würde einen weiteren Schub an Investitionen in klimafreundliche Stromerzeugung auslösen und Deutschland bei der Erreichung seiner politischen Klimaschutzziele helfen.